

Adresse: Volkshaus/Stauffacherstr. 60
8004 Zürich
Korrespondenz: Postfach, 8026 Zürich
Telefon: 044 241 97 97
Telefax: 044 241 97 89
E-Mail: info@gbkz.ch
Internet: www.gbkz.ch/
Postkonto: 80-7816-3



Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Zürich
Generalsekretariat
Umfrage RLG
Neumühelquai 10
Postfach
8090 Zürich

29. August 2011

Übertragung elektronisch per eMail

Stellungnahme zur Umfrage Ladenöffnungszeiten

Sehr geehrter Herr Regierungsrat Stocker
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Gewerkschaftsbund des Kantons Zürich GBKZ bedankt sich für die Gelegenheit, im Rahmen der Umfrage zu Ladenöffnungszeiten Stellung zu nehmen. Gerne kommen wir dieser Einladung termingerecht nach.

Wie von ihnen erwähnt, sind die Fragen 1 – 3 primär auf die Gemeinden zugeschnitten. Die Gewerkschaften enthalten sich deshalb hier einer Antwort. Bei den Fragen 4-6 nehmen wir nicht zu den Aspekten des Vollzugs auf Gemeindeebene Stellung, sondern wir äussern uns zu den grundsätzlichen Aspekten der Thematik Ladenöffnungszeiten.

Mit bestem Dank für die Berücksichtigung unserer Antworten.

Freundliche Grüsse

GEWERKSCHAFTSBUND DES KANTONS ZÜRICH

Julia Gerber Rüegg
Präsidentin GBKZ

Roland Brunner
Politischer Sekretär GBKZ

Stellungnahme zur Umfrage Ladenöffnungszeiten

Frage 4 „Bedürfnis der Bevölkerung“

Auch wenn die VerfechterInnen von mehr verkaufsfreien Sonntagen so tun, als gäbe es in der Frage der Ladenöffnungszeiten nur Konsumentinnen und Konsumenten, so betreffen die Änderungen vor allem die Angestellten. Es ist deshalb falsch die Frage nur auf die Akzeptanz und die Bedürfnisse der Konsumenten auszurichten.

Im Zentrum der Überlegungen müssen die betroffenen ArbeitnehmerInnen stehen. Vor lauter Schlagworte und Versprechen der DereguliererInnen geht oft vergessen, dass eine Anpassung der Nacht- und Sonntagsarbeit das geltende Arbeitsgesetz infrage stellt. Dieses ist vor allem dem Schutz der Arbeitnehmenden verpflichtet und nicht allfälligen Konsumbedürfnissen - insbesondere in einer Branche, in der kaum Gesamtarbeitsverträge die die Arbeitszeiten regeln.

Das Verkaufpersonal kennt die Folgen von Ausweitungen der Arbeitszeiten ganz genau. In einer Umfrage mit über 1'000 teilnehmenden VerkäuferInnen gaben 74% an, mit den Ladenöffnungszeiten sehr unzufrieden oder eher unzufrieden zu sein. Dies überrascht nicht, denn in derselben Umfrage geben fast 80% aller Befragten an, dass die längeren Ladenöffnungszeiten nicht durch neue Stellen, sondern durch mehr Arbeitshetze (weniger Zeit für die gleiche Arbeit) oder eine Erhöhung der Arbeitszeit aufgefangen wurde.

An sämtlichen Versammlungen und allen Umfragen, welche die zuständige Gewerkschaft Unia durchgeführt hat, ist die Meinung eindeutig: Praktisch 100% der im Verkauf Beschäftigten sind gegen eine weitere Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten.

Frage 5 „Nachfragerealität“

Die herbei geredeten «Bedürfnisse der KonsumentInnen» entspringen vor allem dem Wunsch einiger grosser DetailhändlerInnen nach mehr Marktanteilen. Die KonsumentInnen respektive die StimmbürgerInnen haben sich bei Abstimmungen meistens ablehnend geäussert. Seit den 90er Jahren wurde in der Schweiz über 32 Deregulierungsvorlagen abgestimmt. Das Verdikt ist klar: 22 Vorlagen (69%) wurden abgelehnt. In den letzten Jahren hat sich dieser Trend noch verstärkt. Zwischen 2006 und 2010 gab es bei 90% aller Deregulierungsvorlagen ein Nein an der Urne.

Auch auf Seite der LadenbesitzerInnen finden sich viele GegnerInnen von mehr verkaufsfreien Sonntagen. Joseph Huber, Präsident von *Pro Stadt* in St. Gallen hielt letztes Jahr fest: «Die Mehrheit der Ladenbesitzer ist gegen eine Verlängerung der Öffnungszeiten.» Eine Verlängerung bedeutet für die meisten Geschäfte nämlich nur, dass mit gleich viel Personal mehr gearbeitet werden muss. Ein ähnliches Bild zeigte eine Umfrage der Sozialpartner in Basel: 60% der Geschäfte wollten keine zusätzlichen Verkaufssonntage. Und in der Berner Altstadt haben sich in einer Umfrage drei Viertel der LadeninhaberInnen gegen längere Öffnungszeiten ausgesprochen. Dies hat das Berner Stadtparlament folgerichtig dazu bewegt, der Deregulierung einen Riegel zu schieben.

Die Abstimmungsniederlagen und der Widerstand der Betroffenen haben bei den AnhängerInnen einer totalen Deregulierung und unbegrenzter Ladenöffnungszeiten zwar nicht zum Umdenken, aber zu einer neuen Strategie geführt. Statt ihr Ziel der totalen Deregulierung gegen den Willen von Abstimmenden und Betroffenen weiter zu verfolgen, versuchen sie jetzt die

bestehenden Regelungen Stück für Stück auszuhöhlen. Diese Salami-Taktik verkennt die wahren Bedürfnisse und schadet allen Betroffenen.

Frage 6 „Probleme“

Die Deregulierung und Ausweitung der Ladenöffnungszeiten wird immer auf dem Rücken des Personals ausgetragen. VerfechterInnen der Deregulierung behaupten eine «Freiwilligkeit» und «höhere Löhne» für die Arbeitnehmenden bei Sonntagsarbeit. Diese Freiwilligkeit ist jedoch meist nur frommer Wunsch. Die Realität sind eine Verschlechterung und Präkarisierung des sozialen und familiären Lebens. Die BefürworterInnen verdrängen meist, dass viele Beschäftigte neben der anforderungsreichen und strengen Arbeit im Verkauf noch Familienaufgaben zu erledigen haben. Gerade im Verkauf arbeiten sehr viele alleinerziehende Frauen. Wie sollen diese für ihre Kinder sorgen, wenn sie auch am Sonntag (und – wenn es nach dem Willen der DereguliererInnen geht – bald auch am Abend und in der Nacht) verfügbar sein müssen?

Die Ausweitung der Arbeitszeiten verletzt elementare Bedürfnisse der Angestellten: Wie alle Beschäftigten haben auch die Angestellten im Verkauf Anrecht und Anspruch auf Zeitanker und Ruhepausen. Sonntage dürfen auch für sie keinen werktäglichen Charakter haben, sondern sie sollen der Erholung und dem Zusammensein dienen.

Die Öffnung eines Geschäfts am Sonntag hat zudem auch Auswirkungen auf andere Betriebe und die dortigen Beschäftigten. Nicht nur die Angestellten im Laden müssten am Sonntag arbeiten, auch die Anlieferung der Waren, der Unterhalt der Läden, die Infrastruktur und die Sicherheit der Beschäftigten müssten gewährleistet werden.

Die geforderte Änderung ist ein weiterer Türöffner zur totalen Deregulierung: Immer neue «Ausnahmen» – ein Sonntag oder ein Abendverkauf hier, ein Tankstellenshop, eine Tourismuszone dort – sollen aus der Ausnahme Schritt für Schritt eine allgemeine Regelung machen. Diese Salami-Taktik können die Gewerkschaften nicht akzeptieren.

Fazit

Es ist wichtig festzuhalten, dass es in den Vorstössen und in der kantonalen Volksinitiative in erster Linie um die betroffenen Beschäftigten und nicht um KonsumentInnen oder um GrossverfechterInnen im Kampf um Marktanteile geht. Die Gewerkschaften fordern deshalb die VerfechterInnen der ständigen Deregulierung auf, mit ihrer unsäglichen Salami-Taktik aufzuhören. Sie ist ein inakzeptabler Angriff auf eine wichtige Errungenschaft – den Normalarbeitstag – und damit auf eine wichtige Freiheit – die Freiheit, nicht rund um die Uhr verfügbar sein zu müssen. Die Gewerkschaften stützten sich in ihrer Stellungnahme auf die klare Haltung der Betroffenen.

Ladenöffnungszeiten bzw. die Frage der Deregulierung sind eine wichtige gesellschaftliche Frage. Die schrittweise Durchlöcherung des Verbots von Nachtarbeit und Sonntagsarbeit ist ein Angriff auf die soziale Regulierung der Arbeitszeit und damit generell auf das Arbeitsrecht, das von den Gewerkschaften hart erkämpft worden ist. Die ArbeitgeberInnen lehnen einen branchenweiten nationalen Gesamtarbeitsvertrag, wie er für diese wichtige Branche eigentlich selbstverständlich sein sollte, weiterhin ab. Damit verunmöglichen sie eine sozialpartnerschaftliche Regulierung bzw. einen effektiven Schutz der Arbeitnehmenden, wie er angesichts der besonderen Arbeitszeitlagen im Detailhandel dringend nötig wäre.